

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 22.11.2022

Fraktion der CDU

Wie will die Landesregierung die auskömmliche Finanzierung des 49-Euro-Tickets (Deutschland-Ticket) langfristig sicherstellen?

Nach der dreimonatigen Testphase des sogenannten deutschlandweit gültigen „9-Euro-Tickets“ plant der Bund nun die Einführung eines „Deutschlandtickets“ für anfangs 49 Euro im Monat. Dieses Ticket soll dann deutschlandweit im ÖPNV gültig sein. Geplant ist eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder. Hier sollen nach bisherigen Plänen anteilig je 1,5 Milliarden Euro vom Bund und 1,5 Milliarden Euro von den Ländern übernommen werden. Außerdem hat der Bund zugesagt, die Regionalisierungsmittel für die Bundesländer dauerhaft zu erhöhen.

Die der MPK zu entnehmende Finanzierungsgrundlage wird nach Einschätzung von Beobachtern den tatsächlichen Kostenentwicklungen sowie den Ansprüchen einer gerechten Entlohnung für die Verkehrsbetriebe Niedersachsens keineswegs gerecht. Insbesondere der Verband deutscher Verkehrsunternehmen hat auf diese Problematik hingewiesen. Die versprochene Einführung ab Anfang 2023 erscheint Beobachtern somit fragwürdig.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie soll sichergestellt werden, dass das Deutschlandticket - wie angestrebt - Anfang 2023 flächendeckend in Niedersachsen eingeführt wird?
2. Wie soll den absehbaren Kostensteigerungen ohne Dynamisierung begegnet und wie soll sichergestellt werden, dass die Mehrbelastungen weder ausschließlich zulasten des Landes Niedersachsen noch zu Lasten der Verkehrsunternehmen und der Kommunen gehen?
3. Wie plant die Landesregierung ein ausreichendes ÖPNV-Angebot im gesamten Flächenland Niedersachsen sicherzustellen, ohne dass die Menschen im ländlichen Raum über das avisierte 49-Euro-Ticket die Menschen in den Ballungsräumen subventionieren?

Sebastian Lechner
Fraktionsvorsitzender